

Demokraten aller Bundesländer, vereinigt Euch!

Friedrich Schorlemmer 15.9.2014

50 Prozent Verweigerung bei einer Landtagswahl, 10 Prozent für ein rechtspopulistisches Sammelbecken. Was gibt es da zu bedenken? Wissen etwa die Hälfte der Wahlberechtigten noch, dass freie Wahlen mit Auswahlmöglichkeiten von Personen und Programmen zu den Grundpfeilern einer parlamentarischen Demokratie gehören? Dafür muss man sich schon Mühe machen, sich damit gedanklich zu beschäftigen, sich zu informieren, sich mit anderen zu besprechen, die Wahlkabine aufsuchen, statt sich bequem fern zu halten. Wenn Nichtwähler Protest ausdrücken wollten, so hätten sie dafür bessere Äußerungsformen als dumpfes Fernbleiben und mäßige Bequemlichkeit. Das Ergebnis ist also "aufs Ganze gesehen" nicht aussagekräftig genug für das, was die Bürger wollen. Wer 34 Prozent gewonnen hat, hinter dem stehen in Wirklichkeit nur 17 Prozent der Wähler. Ob es der AfD gelingt, die bisherige politische Kontinuität mit Grundkonsens durcheinanderzubringen, ist noch offen. Was indes – zumal im Osten - bald nach 1990 stabil ist, ist politische Gleichgültigkeit, konsequenzenloses Ressentiment und blühende Meckerkultur, die sich gegen die "etablierten Parteien" und die Funktionsmechanismen der parlamentarischen Demokratie richten. 50 Prozent Wahlbeteiligung, das sind 50prozentige Sargnägel für die Demokratie, als ob es "alles egal" sei, wer reagiert. "Die machen doch sowieso was sie wollen", brummeln Demokratieabstinenten.

„Mir geht es einigermaßen gut. Was Politik macht, interessiert mich nicht und geht mir auf den Senkel. – Mir geht es schlecht und keiner kümmert sich um mich“ - das scheint der Konsens der Wahlverweigerer zu sein. –Ein weitgehend endpolitisiertes Wahlvolk schaut die Privaten, liest BILD und Yellow Press und drückt durch Nichtwahl auch Nichtachtung aus. Mancher hält es für Anstand und Mut nicht hingegangen, also für Kommendes nicht mitverantwortlich zu sein. (Jeder, der im Osten jetzt 43 Jahre und älter ist, hat noch brav gefaltet. Wollt ihr Wahlverweigerer die Nationale Front zurück?)

Demokratie lebt davon, dass Mitbeteiligung nicht nur möglich ist, sondern aus eigener Einsicht erforderlich ist und angenommen wird. Freilich müssen sich die Parteien fragen, wie volks-entfernt sie wirken, wie der Parteienschacher einschließlich Diätenerhöhungen abstößt, wie wenig politische Visionen mit politischem Sachverstand und persönlicher Charisma (Glaubwürdigkeit!) verbunden sind, wie mangelhaft Überzeugungsarbeit und Dialogfähigkeit erlebt werden. Hinzu dämmert vielen eine Grundsatzfrage: Hat Politik überhaupt noch eine steuernde Funktion oder ist alles nicht längst der

Ökonomie unterworfen in der Merkel'schen „marktkonformen Demokratie"? Parteienscheitler hilft freilich ebenso wenig weiter wie Publikumsbeschimpfung. Aber Zuschauerdemokratie ist keine. Freiheit ist ein hohes Gut, das schneller verloren gehen kann, als es wieder gewonnen wird. Die AfD setzt auf „politische Erneuerung“, doch was sie anzubieten hat, sind weichgespülte nationalistische Parolen von gestern. Dazu gehört subkutane Ausländer- und Zuwandererfeindlichkeit mit deutsch-nationaler DM- und Antieuropa-Gefühlshascherei in gutbürgerlicher Verkleidung. Was da alles zusammenströmt, welchen Bodensatz dieses Sammelbecken hinterlässt, ist bedenklich. Klare politische Auseinandersetzung steht an, nicht kopfschüttelndes Ignorieren. Oder wird sie doch bald hoffähig beim Kampf um Machterhalt – sagen wir, um „die Kommunisten“ in Thüringen fernzuhalten, sofern die SPD nicht mehr mit der CDU will?

Die SPD ist als Juniorpartner ohnehin in der Klemme. Regierungsbeteiligung wird in Wahlen nicht belohnt, die führende Partei dagegen sehr. Die SPD wird in Bund und Ländern ein überzeugendes eigenes Profil zurückgewinnen und charismatische Gallionsfiguren finden müssen. Profil wird gewählt, nicht Geschmeidigkeit!

Wo sind die Grünen mit ihrer ökologischen Konsequenz angesichts von Monsanto und des geplanten TTIP, der unsinnigen EU-Agrarpolitik und tierquälerischer Mast, der Über-Maisung unserer Ackerböden und des CO²-Desasters?

Alle politisch Handelnden müssen den Mut haben zu sagen was auf uns zukommt, wenn wir so weiter machen, statt die Entfernung von den Bürgern genauso weit zu halten wie die Entfernung zu den schwierigen Problemen. Dazu gehört eine bessere Strategie der Vermittlung von Politik, auch ihrer Handlungszwänge. Wir brauchen die Solidarität zwischen Regierenden und Regierten, zwischen den Armen und den Reichen, zwischen den Jungen und den Alten, zwischen den Gewinnern und den Verlierern auf den Märkten der Welt – und in jedem Bundesland.